

## *Diskussionen gelten als Illusion, Deeskalation als Verrat*



Von **Maximilian Heimerzheim**  
Volontär Axel Springer Academy

Stand: 03.12.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Linksextreme vs. Rechtsextreme

Quelle: Joko/picture alliance; Stefan Boness/lpon/picture alliance

Autonome erklären Gewalt zur Pflicht, Neonazi-Netzwerke fühlen sich unantastbar: Längst rüsten Extremisten in Deutschland für den Bürgerkrieg. Gerade auf der linken Seite wird diese gefährliche Entwicklung verharmlost.

Deutschland erlebt aktuell eine gefährliche Gleichzeitigkeit: Während sich die Antifa als gewaltbereite Widerstandsbewegung gegen einen selbst definierten Faschismus sieht, verfestigt sich in rechtsextremen Kreisen die Infrastruktur militanter Gruppen. Beide Extreme eint die Überzeugung, in einem historischen Ausnahmezustand zu handeln. Und beide geraten in Versuchung, politische Auseinandersetzungen nicht mehr mit Argumenten, sondern mit blanker Gewalt auszutragen.

Gerade im linken Spektrum ist eine bemerkenswerte Verschiebung zu beobachten. Autonome Gruppen behaupten, Deutschland befinde sich in einer Lage wie in der „Endphase der Weimarer Republik“. Diese Erzählung ist kein Vergleich, sie ist ein Mandat. Wer glaubt, kurz vor einer faschistischen Machtübernahme zu stehen, hält Gewalt für moralische Pflicht. Diskussionen gelten als Illusion, Deeskalation als Verrat. Aus dieser Logik entsteht ein Milieu, das auch Konservative und Liberale nicht mehr als politische Gegner begreift, sondern als legitime Ziele.

Parallel dazu formieren sich auf der rechten Seite Strukturen, die eine vergleichbare Einstellung zur Gewaltbereitschaft aufweisen, etwa Gruppen wie die „Elblandrevolte“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256302302/BKA-warnt-Rechtsextreme-Jugendgruppen-in-Deutschland-nehmen-rasant-zu.html>) . Netzwerke, die junge Männer rekrutieren, Kampffähigkeit trainieren und Waffen bunkern. Viele Ermittlungen verlaufen im Sande, Verfahren ziehen sich über Jahre, Verbote greifen zu spät oder gar nicht. So wächst das Gefühl der Unangreifbarkeit – ein idealer Nährboden für militante Fantasien. Und auch hier gilt: Das Feindbild umfasst längst nicht mehr nur politische Gegner, sondern zunehmend die bürgerliche Mitte.

Beide Milieus schaukeln sich gegenseitig hoch. Linke Militante verweisen auf rechte Gewalt, rechte Akteure auf linke Attacken. Jede Eskalation dient der jeweils anderen Seite als Legitimation.

Zahlen des Verfassungsschutzes ([https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4)) zeigen, wie gefährlich diese Gleichzeitigkeit bereits ist. Während linksextremistische Gewalttaten 2024 leicht zurückgingen, stieg die Gesamtzahl linker Straftaten um fast 40 Prozent. Auf der rechten Seite verschärft sich die Lage noch schneller: Rechtsextremistische Straftaten nahmen um 47 Prozent zu, Gewalttaten um knapp 12 Prozent. Mit 15.300 gewaltorientierten Rechtsextremisten und 11.200 gewaltorientierten Linksextremisten liegen beide Lager auf einem hohen Niveau.

Die Eskalation wird dadurch befeuert, dass beide Lager politische Räume besitzen, in denen ihre Ideologien auf Verständnis oder stilles Wegsehen treffen – rechts bei Teilen der AfD, links bei großen Teilen der Linkspartei.

Die AfD ist ein Teil dieser Entwicklung. Sie wurde vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256050674/Verfassungsschutz-stuft-gesamte-AfD-als-gesichert-rechtsextremistisch-ein.html>) eingestuft, ihre jüngst neu gegründete Jugendorganisation bewegt sich in eine ähnliche Richtung. Die AfD toleriert rechtsextreme Rhetorik in ihren Reihen, verbreitet Feindbilder und operiert offen mit völkischen Narrativen. Sie fungiert längst als politischer Resonanzraum für die extreme Rechte, und das dürfte sich zeitnah auch nicht mehr ändern.

In der Linkspartei erkennt man eine ähnliche Entwicklung. Teile der Partei pflegen seit Jahren eine ideologische Nähe (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68ed3fb75d2ebdb13fe7310e/linksextreme-gewalt-antifa-verbot-linke-abgeordneter-antwortet-mit-alerta-alerta-ruf-am-rednerpult.html>) zu autonomen Gruppen, und einzelne Funktionäre übernehmen Begriffe, Narrative und Feindbilder der Antifa fast wortgleich. Immer wieder treten Abgeordnete öffentlich für Personen oder Strukturen ein, die dem linksextremen Spektrum zugeordnet werden. Die Linkspartei verklärt die Antifa als moralische Vorhut und ignoriert dabei deren Gewalttaten. So wird die Partei zum politischen Resonanzraum eines Milieus, das langfristig auf Systemzerstörung aus ist. Auch daran dürfte sich so bald nichts ändern.

Die historischen Parallelen zur Weimarer Republik entstehen dabei nicht zufällig. Damals wie heute begann die Eskalation nicht mit großen Straßenschlachten, sondern mit der Logik zweier Lager, die sich gegenseitig hassten und den Staat gleich mit. In den späten Zwanzigerjahren sahen sich Kommunisten und Nationalsozialisten jeweils legitimiert, Gewalt einzusetzen, weil sie den anderen für faschistisch oder systemzersetzend hielten. Am Ende standen brennende Barrikaden, blutige Zusammenstöße und eine Polizei, die zwischen beiden Seiten aufgerieben wurde.

Genau diese Mechanik beobachten wir heute wieder im Ansatz: ein überdehnter Faschismusbegriff links, ein wachsender Systemhass rechts und eine politische Mitte, die die Geschwindigkeit dieser Radikalisierung unterschätzt.

SPD, Grüne und Linke tun sich schwer, linke Militanz klar zu benennen. Manche relativieren sie, manche schweigen, manche verwechseln die Antifa mit einer demokratischen Haltung. Doch die militant auftretende Antifa verteidigt nicht die Demokratie, sie ersetzt sie durch politische Selbstjustiz. Wer den Staat selbst für „faschistisch durchsetzt“ hält, verliert jede Hemmung, ihn anzugreifen.

Deutschland steht an einer Weggabelung: Zwei radikale Strömungen rüsten auf. Die Mitte duckt sich weg. Und der Staat unterschätzt, wie schnell sich ein Konflikt verselbstständigen kann. Wenn Demokraten verhindern wollen, dass sich zwei extremistische Lager bald regelmäßig auf der Straße gegenüberstehen, brauchen sie eine klare Position: Politische Gewalt bleibt politische Gewalt – egal aus welcher Richtung.

